

## Die Besiedlung der Grenzgebiete der böhmischen Länder 1945–1950 als Kehrseite von Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen

Während und nach der Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung von knapp drei Millionen Sudetendeutschen wurden deren Heimatgebiete von zugewanderten Tschechen und Angehörigen anderer Nationalitäten neu besiedelt. Dieser Prozess stellt die größte Binnenmigration in der Geschichte der böhmischen Länder dar. Mehr als jeder vierte Tscheche begann zwischen 1945 und 1950 in den bis dahin mehrheitlich deutsch besiedelten Grenzgebieten<sup>1</sup> ein neues Leben. Eine die tschechoslowakische Ansiedlungspolitik<sup>2</sup> und deren Auswirkungen behandelnde gesamtheitliche Darstellung

---

<sup>1</sup> Die im Folgenden verwendete Bezeichnung „Grenzgebiete“ lehnt sich an den im Tschechischen üblichen (aber nicht unproblematischen) Begriff *pohraničí* (Grenzland, Grenzgebiet) an. Darunter werden alle Gemeinden der böhmischen Länder verstanden, die 1938 von einer fremden Macht besetzt wurden und mehrheitlich von Deutschen bewohnt waren. Nach Angaben des Statistischen Staatsamtes handelte es sich dabei gemäß Volkszählungsergebnissen von 1930 um ein Gebiet mit 2.836.073 Einwohnern tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit und deutscher Nationalität in 3.407 Gemeinden (Zahlenangaben nach Stand von Ende September 1938). Vgl. Státní ústřední archiv [Staatliches Zentralarchiv, Prag] (SÚA), Úřad předsednictva vlády (ÚPV), Běžná spisovna, kr. 1033, sign. 1365/1 II., Mitteilung des Statistischen Staatsamtes an das Regierungspräsidium, 18. Juni 1945. – Neu besiedelt wurden im Zeitraum von 1945 bis 1950 auch die deutschen Siedlungsgebiete im Landesinneren („Sprachinseln“). Die Verwendung des Begriffes „Sudetenland“ bzw. „sudetendeutsche Gebiete“ wird aus Gründen, die hier nicht besprochen werden können, vermieden.

<sup>2</sup> Unter „Ansiedlungs-“ bzw. „Besiedlungspolitik“ versteht der Autor im Folgenden das Politikfeld der öffentlichen Regulierung der Kolonisationsbewegung in den ehemals vorwiegend deutsch besiedelten Gebieten der böhmischen Länder. Der Begriff „Siedlungspolitik“ umfasst hingegen nach Definition des Autors sämtliche Siedlungsbemühungen des Staates, unter Einschluss der öffentlich gesteuerten Aus- und Umsiedlungspolitik auf Zwangsbasis. Zum komplexen Verständnis des Überbegriffs „Siedlungspolitik“ und dem Stellenwert seiner Komponenten „Aus-, Um- und Ansiedlungspolitik“: Adrian von Arburg, Tak či onak. Nucené přesídlení v komplexním pojetí poválečných migraací v českých zemích [So oder anders. Formen von Zwangsumsiedlung in komplexer Perzeption der Nachkriegsmigrationen in den böhmischen Ländern], in: Soudobé dějiny 10 (2003) 253–292. Theoretisch ausführlicher und international komparativ: ders.,

wird nicht umhinkönnen, diese in verschiedene Subthematiken der frühen Nachkriegszeit einzubetten (politische Geschichte, Landwirtschaftspolitik, Industrie- und Gewerbepolitik, Behördengeschichte u.a.) und sich nebst historiographischen auch demographischer und statistischer, soziologischer, ethnologischer und rechtswissenschaftlicher Methoden zu bedienen. Diesem Anspruch kann und will dieser Beitrag nicht gerecht werden. Angesichts der gebotenen Kürze wird er nicht mehr als ausgewählte Schlaglichter auf den Besiedlungsvorgang werfen können. Sein Hauptziel ist es, eine Überblicksbilanz über die Jahre der radikalen ethnischen, sozialen und wirtschaftlichen Umformung der einstigen „Sudetengebiete“ zu bieten. Dabei soll versucht werden, bisher offen gebliebene Forschungsfragen aufzuwerfen und – unter Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse – zu kommentieren<sup>3</sup>.

#### DIE ANSIEDLUNG ALS UNTRENNBARER BESTANDTEIL EINES GRÖßEREN GANZEN

Die gewaltsame Entfernung der sudetendeutschen Einwohner Böhmens, Mährens und Böhmischeschlesiens sowie die Besiedlung ihrer Wohngebiete durch Neuankömmlinge stellen zwei integrale Bestandteile eines übergeordneten Gesamtphänomens dar, nämlich der ethnischen Neuordnung Ostmitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg im Allgemeinen und einer in ihrem Ausmaß unvergleichlichen Bevölkerungsverschiebung auf dem Gebiet der böhmischen Länder im Besonderen. Führt man sich nur überschlagsmäßig vor Augen, wie viele Menschen in den ersten Nachkriegsjahren entweder die böhmischen Länder verließen, dort vom Ausland kommend eine neue Heimat fanden bzw. sich als Binnensiedler eine neue Existenz aufzubauen

---

Zwangsumsiedlung als Patentrezept. Tschechoslowakische Bevölkerungspolitik im mitteleuropäischen Vergleich 1945–1954, in: Matthias Niedobitek, Frank-Lothar Kroll (Hgg.), Vertreibung und Minderheitenschutz in Europa (Chemnitzer Europastudien 1, Berlin 2005) 43–113.

<sup>3</sup> Als erstes Ergebnis mehrjähriger Recherchen wurde vom Autor im April 2001 an der Universität Wien eine Diplomarbeit unter dem Titel „Osídlování. Die Besiedlung der Grenzgebiete der böhmischen Länder 1945–1950. Forschungsstand und ausgewählte Probleme“ eingereicht. Darin wurde der Versuch unternommen, den bisherigen Forschungsstand aufzuzeigen, kritisch zu bewerten und einen ersten Überblick über einzelne Aspekte des Besiedlungsprozesses zu bieten. Im Anhang enthält die Arbeit eine Bestandsaufnahme der seit 1945 publizierten einschlägigen Literatur und Quellen mit rund 2.500 Einträgen. Nach mehrjähriger Forschungsarbeit in rund 35 tschechischen Archiven beteiligt sich der Autor derzeit an einem internationalen Editionsprojekt, dessen Ziel die Publikation von etwa 1.500 Archivadokumenten zur tschechischen Nachkriegsbesiedlungspolitik in vier Quellenbänden darstellt. Vgl. <http://www.phil.muni.cz/hist/migrace>.

suchten, so wird die Dimension klar, um die es hier geht. Allein in den ersten 24 Monaten nach Kriegsende dürften – vorsichtig geschätzt – an die 5,5 Millionen Menschen an Migrationen in und aus den böhmischen Ländern beteiligt gewesen sein. Die Partizipanten der wichtigsten Submigrationen waren:

- 1) rund drei Millionen einheimische Sudetendeutsche, die ab Mai 1945 entweder vertrieben wurden oder im Rahmen der ab Ende Januar bis Ende November 1946 ablaufenden Massenaussiedlung ihre Heimat zu verlassen hatten,
- 2) mindestens 1,7 Millionen vornehmlich tschechische, aber auch andersnationale Neusiedler und nach Kriegsende in die Grenzgebiete zurückkehrende alteingesessene tschechische „Grenzer“ (*hraničáři*),
- 3) mindestens 500.000 aus dem „Altreich“ bzw. aus östlich der böhmischen Länder gelegenen, deutsch besiedelten Gebieten kommende Deutsche, die in den letzten Kriegsmonaten zumeist als „Nationale Gäste“ infolge Evakuierung und Flucht aufgenommen worden waren und zu den ersten gehörten, die unmittelbar nach Kriegsende die böhmischen Länder zu verlassen hatten<sup>4</sup>,
- 4) über 100.000 ost- und westeuropäische Kriegsgefangene, die nach erfolgter Freilassung meist noch 1945 in ihre Heimatländer zurückkehrten<sup>5</sup> (zu diesen gesellten sich weitere zehntausende ausländische Arbeiter),
- 5) mehrere zehntausend tschechische „Totaleingesetzte“ aus dem bisherigen „Protektorat“, die sich bei Kriegsende in den reichsangeschlossenen Grenzgebieten aufhielten und danach mehrheitlich ins Landesinnere heimkehrten<sup>6</sup>.

Der „Transfer“ der Deutschen und die Besiedlung der Grenzgebiete waren mit Abstand die beiden größten Migrationen im genannten Zeitraum. Sie stellen die beiden Seiten einer Medaille dar, die einander gegenseitig bedingten, zeitlich und räumlich überschritten. Ein grundlegendes Verständnis für den einen Prozess ist nicht möglich ohne Kenntnis des anderen. Zudem wurden beide von der zentralstaatlichen bis hinunter auf die Ebene der örtlichen Nationalausschüsse oft von ein- und denselben Organen geplant und durchgeführt. Auf zentralstaatlicher Ebene handelte es sich um

---

<sup>4</sup> Nach amtlichen tschechischen Angaben aus dem Jahre 1953 handelte es sich um 600.000 so genannte „Nationale Gäste“. Vgl. Státní úřad statistický (Hg.), *Osídlení pohranicí v letech 1945–1952. Zprávy a rozbory* [Die Besiedlung des Grenzgebietes 1945–1952. Berichte und Analysen] (Praha 1953) IV.

<sup>5</sup> Vgl. Jindřich Pecka, *Váleční zajatci na území Protektorátu Čechy a Morava* [Kriegsgefangene auf dem Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren] (Praha 1993) 322ff.

<sup>6</sup> Zur Problematik des „Totaleinsatzes“ von Tschechinnen und Tschechen grundlegend: František Mainuš, *Totální nasazení. Češi na pracích v Německu 1939–1945* [Totaleinsatz. Tschechen im Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1945] (Brno 1970).

die Abteilung B des Innenministeriums, die interministerielle Zentralkommission für die Binnenbesiedlung, das per Dekret Nr. 27/1945 vom 17. Juli 1945 geschaffene Prager Siedlungsamt (Osídlovací úřad, OÚ) und andere Ministerien. Auf dezentraler Ebene lag die Durchführung beider Prozesse in Händen der Regionalen Siedlungsämter (Oblastní osídlovací úřadovny, OOÚ; Ableger der Zentrale in Prag) sowie der Landes-, Bezirks- und Ortschaftenausschüsse (bzw. Verwaltungskommissionen in Gebieten, wo sich noch nicht genügend „national verlässliche“, d.h. slawische, Einwohner aufhielten). Die Planung und Durchführung der Ansiedlung im landwirtschaftlichen Bereich oblag von Anfang an dem Landwirtschaftsministerium und seinen Außenstellen auf Bezirksebene (Osídlovací komise ministerstva zemědělství, OKMZ) und war von den Besiedlungsbemühungen auf gewerblich-industriellem, d.h. nichtlandwirtschaftlichem, Gebiet abgekoppelt. Für die Verwaltung und Zuteilung des durch zwei Präsidentendekrete<sup>7</sup> konfiszierten Besitzes von Deutschen, Magyaren, „Verrätern“ und „Feinden des tschechischen und slowakischen Volkes“ wurden im Sommer bzw. Herbst 1945 eigene Organe gegründet, die nur für die beiden Länder Böhmen und Mähren-Schlesien zuständig waren. Für den nach Dekret Nr. 12/1945 vom 21. Juni 1945 konfiszierten landwirtschaftlichen Besitz (Boden, Immobilien und Inventar) zeichnete der Nationale Bodenfonds (Národní pozemkový fond, NPF) zuständig. Dieselbe Aufgabe bezüglich des nach Wert viel umfassenderen, per Dekret Nr. 108/1945 vom 25. Oktober 1945 konfiszierten nichtlandwirtschaftlichen Besitzes (Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe, Häuser und Wohnungen, Grundstücke, Konto- und andere Wertguthaben, Schuldscheine, Patentrechte, bewegliche Güter jeglicher Art) übernahm der Fonds der nationalen Erneuerung (Fond národní obnovy, FNO).<sup>8</sup>

#### ZUM STAND DER FORSCHUNG

Sowohl die deutschsprachige als auch die westliche Historiographie insgesamt beschäftigte sich bisher – aus teils verständlichen Gründen – fast ausschließlich mit der so genannten Vertreibung der Deutschen, während die Neubesiedlung Terra incognita blieb. Trotz zahlreicher Darstellungen, rechtlicher Abhandlungen, Dokumenteneditionen und Veröffentlichungen

<sup>7</sup> Dazu: Helmut Slapnicka, Die rechtlichen Grundlagen für die Behandlung der Deutschen und der Magyaren in der Tschechoslowakei 1945–1948, in: Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Anna M. Drabek (Hgg.), Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938–1948 (Zentraleuropa-Studien 3, Wien 1997) 155–192.

<sup>8</sup> In der Slowakei waren ein eigener Landwirtschaftlicher Bodenfonds und FNO tätig.

von Augenzeugenberichten zum Thema „Vertreibung“ wurde von deutschsprachigen, ja westlichen Autoren überhaupt, die hier postulierte untrennbare Verbundenheit von Vertreibung/Aussiedlung und Besiedlung bisher weitgehend ignoriert. Weder enthalten einschlägige Darstellungen eine über die bloße Erwähnung hinausgehende Behandlung des Besiedlungsprozesses, noch sind dazu in der gesamten Nachkriegszeit eigenständige Beiträge erschienen<sup>9</sup>. Auch sudetendeutsche Autoren haben sich – von einer Ausnahme abgesehen<sup>10</sup> – in mehr als einem halben Jahrhundert nicht systematisch mit dem späteren Schicksal ihrer unmittelbaren Heimatgebiete auseinandergesetzt. Dies erscheint umso bemerkenswerter, da manche sudetendeutsche Interessenverbände bis heute auf ihr „Recht auf Heimat“ hinweisen und die neu besiedelten Grenzgebiete somit ungebrochen als Heimat betrachten. Vom rein historischen Interesse abgesehen, betreffen zentrale Aspekte des Wiederbesiedlungsprozesses auch Rechtsfragen, welche einige sudetendeutsche Interessengruppen und ihnen nahe stehende Autoren wiederum als bis dato offen ansehen<sup>11</sup>. Gerade wer geneigt ist, auch heute noch besitzrechtliche Forderungen zu stellen bzw. besitzrechtliche Fragen in Zusammenhang mit dem hinterlassenen sudetendeutschen Besitz als offen zu betrachten, sollte eigentlich über eine besonders hohe Motivationsgrundlage verfügen, sich darüber ins Bild zu setzen, anhand welcher Rechtsnormen früherer Besitz entrissen wurde, unter welchen Bedingungen und juristischen Bestimmungen er in die Hände anderer gelangte, und wie sich die soziale Lage derjenigen gestaltete, die danach in den Häusern wohnten, auf den Höfen oder in den Geschäften wirtschafteten und dort ein neues Leben begannen. Doch wer als des Tschechischen nicht kundiger Leser in den letzten Jahrzehnten diese Absicht verfolgt hätte – er hätte bald erkennen

---

<sup>9</sup> Zwei Ausnahmen bestätigen die Regel: Emilia Hrabovec, *Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947* (Wiener Osteuropa-Studien 2, Frankfurt u.a. 1995) zur Wiederbesiedlung insbesondere: 131–139. Recht ausführlich, doch statistisch und faktographisch unzuverlässig: Joseph B. Schechtman, *Post-war Population Transfers in Europe 1945–1955* (London u.a. 1962) 99–128.

<sup>10</sup> Diese ist dem ab den fünfziger Jahren beim Marburger Herder-Institut wirkenden Rudolf Urban zu verdanken, der sich über fast drei Jahrzehnte intensiv mit dem Schicksal der sudetendeutschen Heimatgebiete beschäftigte. Urban veröffentlichte eine Vielzahl von Artikeln und Übersetzungen tschechoslowakischer Beiträge in den beiden Periodika „Wissenschaftlicher Dienst für Ost-Mitteleuropa“ sowie „Zeitschrift für Ostforschung“ und verfasste eine Monographie, deren erster Teil direkt die Besiedlung betrifft: Rudolf Urban, *Die sudetendeutschen Gebiete nach 1945* (Frankfurt/Berlin 1964).

<sup>11</sup> Dazu neuerdings: Markus Allstadt, *Die offene Völkerrechtslage im deutsch-tschechischen Verhältnis und ihre Bedeutung für die Osterweiterung der Europäischen Union. Zugleich Überlegungen zu den Auswirkungen zwingenden Völkerrechts in der Vertriebenenfrage* (Schriften zum Staats- und Völkerrecht 86, Frankfurt 2000).

müssen, dass sein Informationsbedürfnis nicht ausreichend befriedigt werden konnte.

Als Folge einer noch so notwendigen und verständlichen Beschäftigung mit der gewaltsamen Entfernung der Deutschen<sup>12</sup> und mit den diesbezüglichen Planungen während des Zweiten Weltkriegs ist jenseits des Böhmerwaldes und südlich der Thaya noch immer ein tiefes Unbewusstsein zu konstatieren, dass die größte Binnenmigration in der Geschichte der böhmischen Länder überhaupt einen lohnenswerten Forschungsgegenstand an sich darstellt. Es gibt aber Anlass zur vorsichtigen Hoffnung, dass sich dies bereits in den nächsten Jahren ändert<sup>13</sup>.

Die tschechische Wissenschaft beschäftigte sich mit *odsun* (so der bis heute übliche Terminus für die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen im Tschechischen, wörtlich „Abschub“)<sup>14</sup> und *osídlování* (Besiedlung) in den vergangenen Jahrzehnten weit intensiver, als es im Ausland wahrgenommen wurde. Insgesamt gehört die Periode der Dritten Republik von 1945 bis 1948 zu den am besten untersuchten Etappen der tschechischen Geschichte überhaupt, wobei bisher vor allem politische und ökonomische Aspekte im Vordergrund standen. Die Hochphase der Neubesiedlungsforschung lag in der zweiten Hälfte der siebziger und in den achtziger Jahren. Insbesondere in der ersten Hälfte der achtziger Jahre entstanden im Zuge eines groß

<sup>12</sup> Eine ausgewogene und den Anforderungen der kritischen Geschichtswissenschaft standhaltende Gesamtdarstellung dieses Vorgangs kam bis Mitte der neunziger Jahre nicht zustande, was hauptsächlich – aber nicht nur – durch den eingeschränkten Zugang zu tschechoslowakischen Quellen begründet werden kann.

<sup>13</sup> Für eine bestimmte Trendwende könnte der Begleitband zur 2005 ausgestrahlten Fernsehserie stehen: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung geschah (Berlin 2006). Vom Autor dieses Beitrages stammt der darin enthaltene Überblick: Abschied und Neubeginn. Der Bevölkerungswechsel in den Sudetengebieten nach 1945. Mit der Entwicklung der Grenzgebiete nach 1945 beschäftigen sich auch mehrere Bearbeiter des in Anm. 3 erwähnten Editionsprojektes sowie neuerdings amerikanische Historiker. Hingewiesen sei auf die im Juni 2006 erschienene Doppelnummer der Zeitschrift „Soudobé dějiny“ zum Thema „Die Aussiedlung der Deutschen und die Grenzgebiete nach 1945“ und auf zwei in deutscher Sprache erschienene Beiträge tschechischer Autoren: Zdeněk Radvanovský, Integrationsprobleme bei der Wiederbesiedlung der deutschen Siedlungsgebiete in den böhmischen Ländern nach 1945, in: Peter Heumos (Hg.), Heimat und Exil. Emigration und Rückwanderung, Vertreibung und Integration in der Geschichte der Tschechoslowakei (München 2001) 143–161; sowie: Iva Heroldová, Ethische Prozesse in den böhmischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hans Lemberg (Hg.), Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948–1989 (Essen 1998) 95–110.

<sup>14</sup> Der Begriff *odsun* wird in diesem Beitrag ausschließlich als Terminus technicus verwendet, mit dem innerhalb der tschechischen Historiographie der Gesamtvorgang der erzwungenen Entfernung der sudetendeutschen Volksgruppe aus den böhmischen Ländern gemeint ist.

angelegten Forschungsprojekts tschechischer Ethnologen rund hundert Beiträge. Seit dem gesellschaftlichen und politischen Umbruch ist die Neubesiedlung als Forschungsfeld stark in den Hintergrund gerückt zugunsten einer massiv zugenommenen und fruchtbaren Beschäftigung mit Fragen des *odsun*.

Insgesamt ist die Thematik von der tschechischen Forschung schon recht gut aufgearbeitet, auch wenn Desiderata bestehen und beispielsweise polnische Forschungen zur dortigen Neubesiedlung nach 1945 ausgereifter sind<sup>15</sup>. Auf keinen Fall können die Ergebnisse der offiziellen tschechischen Geschichtsschreibung bis 1989 in Bezug auf unsere Themenstellung als *Quantité négligeable* abgetan werden. Im Wesentlichen war das Forschungsgebiet „Neubesiedlung“ innerhalb der offiziellen Historiographie bis zur „Samtenen Revolution“ ein Ersatzthema für das heikle und daher tabuisierte Forschungsgebiet der Aussiedlung der Deutschen. Die Tatsache, dass beide Vorgänge eng zusammengehören, führte dazu, dass einige Beiträge zur Neuansiedlung gleich intensiv auf Fragen des *odsun* eingingen und ihre Verfasser zu den anerkannten Kennern der ab 1990 rasch aufkeimenden *odsun*-Forschung gehören.

Die meisten der bis 1989 erschienenen Darstellungen fristen heute ein durchaus auch innerhalb der tschechischen Forschung weitgehend unbeachtetes Dasein. Die überwiegende Mehrzahl dieser Beiträge ist regional ausgerichtet und basiert auf Beständen von Orts-, Bezirks- oder Gebietsarchiven. Es gibt praktisch keine Region, für die nicht eigene Wiederbesiedlungs- und Aussiedlungsdarstellungen geschrieben worden wären. Meine bisherigen Bemühungen konzentrierten sich auch darauf, erstmals diese mehreren hundert weit verstreuten Beiträge zentral und nach Regionen geordnet zu erfassen.

Das für einen einzigen Bearbeiter schier unüberschaubare Quellenvolumen auf zentralstaatlicher Ebene stellt sicherlich einen der Hauptgründe dar, warum es bisher zu unserer Thematik wenig regional übergreifende Arbeiten gibt. Die Bestände der die An- und Aussiedlungspolitik zentral steuernden Organe sind äußerst umfangreich und können in ihrer Gesamtheit nur von einem mehrköpfigen Forschungsteam im Laufe mehrerer Jahre systematisch ausgewertet werden<sup>16</sup>. Dennoch ist zu beklagen, dass angesichts der wahren Flut von regionalen Beiträgen keine einzige Synthese/Monographie existiert, welche die tschechische Siedlungsbewegung in den Grenzgebieten aus gesamtstaatlicher und multithematischer Perspektive

---

<sup>15</sup> Vgl. für eine kritische Wertung des Forschungsstandes im Vergleich zu Polen und Ungarn das erste Kapitel von: Arburg, *Tak či onak*.

<sup>16</sup> Diese Aufgabe hat sich das in Anm. 3 genannte Editionsprojekt „Migration und Transformation“ gesetzt.



beschreibt. Lediglich zu Teilaspekten erschienen bisher tschechischerseits Monographien gesamtstaatlichen Charakters – so zur Remigration und Ansiedlung von Auslandstschechen und -slowaken<sup>17</sup>, zur landwirtschaftlichen Besiedlung<sup>18</sup> und zur politischen Auseinandersetzung um das Schicksal der konfiszierten Industriebetriebe<sup>19</sup>.

#### MOTIVE, PLANUNG UND ZIELE DER STAATLICHEN ANSIEDLUNGSPOLITIK

Das Londoner Exil um Präsident Beneš ließ spätestens ab Ende 1942 keinen Zweifel daran, dass sein Ziel die Schaffung eines Nationalstaates der Tschechen und Slowaken sei, in dem von Minderheitenrechten nicht mehr die Rede sein könne. Trotz gegenteiliger Erklärungen aus der Nachkriegszeit<sup>20</sup> schloss sich das Moskauer Exil um KP-Chef Klement Gottwald erst ab Dezember 1943 allmählich diesem Leitgedanken an<sup>21</sup>, dem ab Mai 1945 schließlich die gesamte Siedlungspolitik verpflichtet war. Die eine weitgehende Beseitigung der einheimischen Deutschen beinhaltenden Maßnahmen, welche Beneš im Zeitraum von 1938 bis 1942 schrittweise in einer Mischung aus Nötigung, Opportunismus und traumatischen Erfahrungen aus der Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik und besonders im Jahr von „München“ zu seinem Programm gemacht hatte, versuchte er dem Klassenkämpfer Gottwald am 18. Dezember 1943 in folgender Weise schmackhaft zu machen: „Das deutsche Eigentum, die Bäder, Bergwerke,

<sup>17</sup> Jaroslav Vaculík, *Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků v letech 1945–1950* [Die Remigration der Auslandstschechen und -slowaken in den Jahren 1945–1950] (Spisy pedagogické fakulty Masarykovy univerzity v Brně 48, Brno 1993); sowie zuletzt: derselbe, *Dějiny volynských Čechů* [Geschichte der Wolhynientschechen] 3 (1945–1948) (Spisy pedagogické fakulty Masarykovy univerzity v Brně 76, Brno 2001). Vgl. zur Remigration der Wolhynientschechen auch: Helena Nosková, *Návrat Čechů z Volyně. Naděje a skutečnost 1945–1954* [Die Rückkehr der Tschechen aus Wolhynien. Hoffnung und Wirklichkeit] (Studijní materiály Ústavu pro soudobé dějiny AV ČR, Praha 1999).

<sup>18</sup> Lubomír Slezák, *Zemědělské osídlování pohraničí českých zemí po druhé světové válce* [Die landwirtschaftliche Besiedlung des Grenzgebietes der böhmischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg] (Brno 1978). Siehe die deutsche Kurzfassung mit einigen neuen Aspekten: derselbe, *Die landwirtschaftliche Besiedlung des Grenzgebietes der böhmischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Historica* 23 (1983) 165–225.

<sup>19</sup> Růžena Hlušíčková, *Boj o průmyslové konfiškáty v letech 1945–1948* [Der Kampf um die Industriekonfiškate in den Jahren 1945–1948] (Praha 1983).

<sup>20</sup> Vgl. als Beispiel: SÚA, f. 100/I, sv. 180, a.j. 1123, Rede des kommunistischen Generalsekretärs Rudolf Slánský auf einer Konferenz von KSČ-Siedlungsfunktionären in Prag, 28. Februar 1946.

<sup>21</sup> Václav Kural, *Místo společenství konflikt! – Češi a Němci ve Velkoněmecké říši a cesta k odsunu (1938–1945)* [Statt Gemeinschaft Konflikt! – Tschechen und Deutsche im Großdeutschen Reich und der Weg zum Abs Schub (1938–1945)] (Praha 1994) 226ff.



Fabriken, Großgüter werden in Staatsverwaltung übergehen. Es wird eine nationale Revolution stattfinden, verbunden mit einer sozialen Revolution. Durch Maßnahmen nationalen Charakters und durch Maßnahmen gegen deutsche Reiche [*boháci*] öffnet sich in den tschechischen Gebieten der Weg zu radikalen wirtschaftlichen Eingriffen und sozialen Veränderungen.“<sup>22</sup>

Die Umsetzung dieses Programms führte in der Folge zum größten erzwungenen Massenexodus der böhmisch-mährischen Geschichte. Diejenigen der *naši Němci*<sup>23</sup>, die auch nach Beendigung der organisierten Aussiedlung im November 1946 noch im Lande verblieben, verdankten dies – abgesehen von knapp 95.000 nach wie vor „Abschubspflichtigen“ – meist ihrem Status als Fachkräfte, als Angehörige von national gemischten Ehen oder als Antifaschisten<sup>24</sup>. Nach offizieller Lesart waren die nun auch amtlich nur noch „Grenzgebiet“ genannten, Jahrhunderte lang deutsch geprägten Gegenden „urtschechisches Land“, auf dem sich die „deutschen Kolonisten“ seit 800 Jahren bloß als Gäste und deshalb als nicht landesstämmige Fremdlinge aufgehalten hatten. Akten aus dem Regierungspräsidium sprechen offiziell von der „Entgermanisierung“, „Tschechisierung“ bzw. „Bohemisierung“ und Assimilierung der verbliebenen Deutschen, ja sogar vom „Abschub der kolonisierten Bevölkerung“ (gemeint war die Aussiedlung der Deutschen) und der „Ansiedlung von Dekolonisten“<sup>25</sup> (gemeint waren damit die Neusiedler).

<sup>22</sup> Miloš Klimeš et al. (Hgg.), *Cesta ke Květnu. Vznik lidové demokracie v Československu* [Der Weg zum Mai. Die Entstehung der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei] 1 (Praha 1965) Dokument 2, 56.

<sup>23</sup> „Unsere Deutschen“ – so eine in der tschechischen Politik und Publizistik der Zwischenkriegszeit häufig auftretende Bezeichnung für die Angehörigen der sudetendeutschen Volksgruppe mit subtil protektionistisch-kolonialen Unterton.

<sup>24</sup> Nach einem internen KSČ-Papier vom März 1948 handelte es sich noch um nicht ganz 200.000 in der ganzen Republik verbliebene Deutsche, von denen ca. 105.000 einstweilen nicht dem Abschub unterlagen. Davon waren rund 60.000 Spezialisten oder deren Familienangehörige, ca. 40.000 Deutsche in „Mischehen“ und ungefähr 5.000 „aus Gnade“ vom Abschub Befreite. Als Antifaschisten galten zu diesem Zeitpunkt noch rund 25.000 Personen. SÚA, f. 100/1, sv. 180, a.j. 1123, „Wir beenden das Besiedlungswerk“, Aktionsplan der KSČ, März 1948. Die meisten verbliebenen Deutschen lebten auch fortan – trotz einer von Mai 1947 bis Anfang 1949 laufenden Zwangsumsiedlungsaktion ins Landesinnere – in den Grenzgebieten. Der Situation der nach dem „Transfer“ im Lande verbliebenen Deutschen sind zwei neuere Dissertationen gewidmet: Adrian von Arburg, *Zwischen Vertreibung und Integration. Tschechische Deutschenpolitik 1947–1953* (phil. Diss. Karls-Universität Praha 2004); Tomáš Dvořák, „Vnitřní odsun“. *Průběh, motivy a paralely přesídlování německého obyvatelstva do vnitrozemí v českých zemích v letech 1947–1949* [„Innerer Abschub“. Verlauf, Motive und Parallelen der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung ins Landesinnere der böhmischen Länder in den Jahren 1947–1949] (phil. Diss. Masaryk-Universität Brno 2005).

<sup>25</sup> Im üblichen zeitgenössischen Sprachgebrauch wurden die tschechischen Neusiedler stattdessen als „Kolonisten“ bezeichnet.

Der slowakische Landwirtschaftsminister Ďuriš bezeichnete im Sommer 1945 die Konfiskation des deutschen Grundbesitzes und die Besiedlungsaktion als Wiedergutmachung für den „Weißen Berg“ von 1620 – eine Ansicht, der die meisten seiner tschechischen Zeitgenossen beipflichteten<sup>26</sup>. Seit der ersten Stunde betonten die höchsten Staatsvertreter die historische Bedeutung des „großen Besiedlungswerks“ und untermauerten so ihren Aufruf an die Bevölkerung, auch unter Hinnahme von anfänglichen Abstrichen und vielerlei Entbehrungen in den Grenzgebieten Fuß zu fassen.

Die durch die mehr als siebenjährige deutsche Besatzungsherrschaft und durch zu Hass und Vergeltung anstiftende Reden höchster Staatsvertreter national aufgeheizte Bevölkerung war für den Purifikationswahn ihrer politischen Führer umso empfänglicher, als die tschechische Sprache keinen Unterschied zwischen den deutschen Wörtern „böhmisch“ und „tschechisch“ macht. *České země* heißt sowohl „böhmische Länder“ (im territorialstaatsrechtlichen Sinne) als auch „tschechische Länder“ (im ethnischen Sinne). So gesehen mochte es für den einfachen Zeitgenossen aus dem seit Langem tschechisch dominierten Landesinnern die natürlichste Sache der Welt sein, wenn nunmehr die tschechische Führungselite dazu einlud, die Gesamtheit der historischen Länder unter Berufung auf eine Art „Erstgeburtsrecht“ auf den Boden mit tschechischen Bewohnern zu besiedeln. Nicht zum ersten Mal wurde somit die Zweideutigkeit des Begriffs *český* bewusst zur Herleitung eines nationalen Besitzanspruches auf das Gesamtterritorium der böhmischen Länder instrumentalisiert.

Das Statistische Staatsamt errechnete 1946, dass die Bevölkerungsdichte der Grenzgebiete nach der Besiedlungsaktion bei rund 75 Prozent des Vorkriegsstandes liegen solle, womit die relative Besiedlungsdichte der Grenzgebiete jener des Landesinneren in der Vorkriegszeit entsprochen und damit das Besiedlungsgebiet als „besiedelt“ gegolten hätte. Dies ist nachvollziehbar, entsprach doch die Zahl der abgeschobenen, umgekommenen und geflüchteten Deutschen rund einem Viertel aller Einwohner der böhmischen Länder vor Kriegsbeginn. Die Marke von 75 Prozent war denn auch das ungefähre Planziel der Zentralorgane während des laufenden Besiedlungsprozesses<sup>27</sup>. Diese Vorgabe wurde 1950 um mindestens 10 Prozentpunkte verfehlt.

Die Vorstellungen der Zentralorgane über ihre Maximen im Bereich der Siedlungspolitik waren bei Kriegsende nur in den größten Zügen ausfor-

<sup>26</sup> Július Ďuriš, *Odčínujeme Bílou horu* (Projev ministra J. Ďuriše dne 1. července 1945 na Bílé hoře. Dekret presidenta republiky ze dne 21. června 1945) [Wir vergelten den Weißen Berg (Rede von Minister J. Ďuriš am 1. Juli 1945 auf dem Weißen Berg. Dekret des Präsidenten der Republik vom 21. Juni 1945)] (Praha 1945).

<sup>27</sup> Vgl. *Statistický zpravodaj* (1946) 223.

muliert. Die Pläne zur landwirtschaftlichen Neubesiedlung waren zu diesem Zeitpunkt die konkretesten. Doch auch das Landwirtschaftsministerium verfügte über keinen Besiedlungsplan, der vorher auf dem Reißbrett entworfen worden wäre. In intensiven Planungen von Mai bis Herbst 1945 erarbeitete man ein detailliertes Konzept. Der Beginn der staatlich gesteuerten Besiedlungsaktion liegt im Herbst 1945.

Die Grundzüge des nichtlandwirtschaftlichen Siedlungsprozesses wurden dagegen mit einer gewissen Verspätung entwickelt, was nicht heißt, dass der Siedlungsstrom in diesem Bereich in den ersten Nachkriegsmonaten weniger intensiv gewesen wäre. Fest stand bei Kriegsende nicht viel mehr als die Grundprinzipien „Nationalverwaltung“<sup>28</sup>, „Konfiskation“ und „Zuteilung des ‚feindlichen‘ Besitzes“. In der Folge erwies sich gerade der Zuteilungsprozess als das problematischste Unterfangen, wichen doch die Vorstellungen der einzelnen Parteien, was an wen zugeteilt werden sollte, mit der Zeit beträchtlich voneinander ab. Die auf nichtlandwirtschaftlichem Gebiet erst Ende Oktober 1945 rechtlich kodifizierte Konfiskation sämtlichen „Feindbesitzes“ beschäftigte die dafür zuständigen Organe (Nationalausschüsse) mehr als anderthalb Jahre länger als veranschlagt und wurde erst ab Februar 1946 durchgeführt. Bedingung für jede rechtsgültige Zuteilung war der Abschluss des ordentlichen Konfiskationsverfahrens. Die Startschwierigkeiten im Bereich der nichtlandwirtschaftlichen Besiedlung äußerten sich auch darin, dass das dafür zuständige Siedlungsamt erst im Herbst seine Arbeit aufnehmen konnte und der für die Verwaltung des konfiszierten Besitzes zuständige Fonds der nationalen Erneuerung sogar erst ab Frühling 1946 wirkte.

#### INSTRUMENTALISIERUNG DER SIEDLUNGSPOLITIK DURCH DIE KSČ

Von den lediglich vier im tschechischen Landesteil zugelassenen politischen Parteien beherrschte die Kommunistische Partei (Komunistická Strana Československa, KSČ) die Siedlungspolitik vollständig. Die landwirtschaftliche Besiedlung war von Anfang an eine Domäne der Kommunisten. Spätestens seit Herbst 1945, als es der KSČ gelang, die entstehenden Siedlungs- und Konfiskationsorgane in Prag und auch die Vorsitzenden- und Referentenposten auf Ebene der Länder und Bezirke unter ihren Einfluss zu bringen, galt das Gleiche auch für die Besiedlung im Gewerbe-, Industrie-

---

<sup>28</sup> Die Nationalverwaltung wurde durch das im Mai 1945 erlassene Dekret Nr. 5/1945 geregelt. Sie sollte zur Sicherstellung der Produktion in „feindlichen“ Betrieben möglichst schnell tschechische Verwalter einsetzen, die als Beauftragte des Staates die Funktion der früheren Besitzer übernahmen. Das Dekret galt ebenso für landwirtschaftliche Betriebe.

und Wohnungssektor. Schon die Besetzung wichtiger Schlüsselministerien mit Kommunisten (Innen-, Landwirtschafts-, Informations-, Sozialfürsorgeministerium, ab Juli 1946 auch Finanzministerium und Premiersposten) bildete eine viel versprechende Grundlage für großen Handlungsspielraum in weiten Politikfeldern. Mit dem äußerst agilen, streng linientreuen und nicht minder kompetenten jungen Kommunisten Miroslav Kreysa als Vorsitzenden des Prager Siedlungsamtes hatte die Partei eine geschickte Wahl getroffen. Jiří Kořátko, der die mit der Konfiskation und Besiedlung des ehemaligen deutschen Grundbesitzes betraute IX. Abteilung des Landwirtschaftsministeriums leitete, und der ebenfalls kommunistische Vorsitzende des Nationalen Bodenfonds Josef Smrkovský stellten die geistigen Väter der Siedlungspolitik im landwirtschaftlichen Bereich dar. Seit Mitte Juli 1945 wirkte – zuerst noch als Unterkommission der Nationalökonomischen Kommission – beim ZK der KSČ eine Siedlungskommission. Die vom Abgeordneten für den Wahlkreis Karlsbad (Karlovy Vary) Bedřich Steiner geleitete Kommission bekam alsbald ihre Pendants auf Kreis- und – in den Grenzgebieten größtenteils – auch auf Bezirksebene und erfüllte die Aufgabe, die Leitlinien der kommunistischen Siedlungspolitik sowie Entwürfe für legislative Vorhaben auf diesem Gebiet auszuarbeiten. Auch die Nationalsozialisten und die Sozialdemokratie verfügten über eigene Siedlungskommissionen, die jedoch eine wesentlich geringere Tätigkeit entfalteten (die bis heute historiographisch nicht aufgearbeitet ist).

Keine andere Partei war sich von Anfang an wie die KSČ bewusst, welch tief schürfende Veränderungen durch die Umverteilung von knapp einem Drittel des tschechoslowakischen Nationalvermögens innerhalb der tschechischen Gesellschaft zu bewirken waren. Als einzige erkannten die Kommunisten die Schlüsselbedeutung der staatlichen Siedlungsaktion für das soziale, wirtschaftliche und nicht zuletzt politische Gefüge des Gesamtstaates. Die Rechnung war denkbar einfach: Hier ging es darum, die Loyalität des Wählers auf einem Drittel der Fläche der böhmischen Länder zu erringen, wo schon bald fast jeder dritte Wähler des westlichen Republikteils leben würde. Wem es in den Augen dieser Wähler gelänge, als Spender der riesigen Güter zu gelten, die als Konfiskationsmasse zur Verteilung bereitstanden, würde deren Gunst erlangen. Deshalb lag es, spätestens seit im Spätsommer 1945 feststand, dass in jedem Besiedlungssektor eindeutig die KSČ dominierte, im Interesse der Partei, möglichst viele Güter zu konfiszieren, um sie verteilen zu können. Dabei würden – so das Kalkül der Partei – genügend Güter zur Verfügung stehen, um einerseits die angestammte Klientel (Landlose, Kleinbauern, angelernte Gewerbe- und Industriearbeiter) sowie weitere Gruppen (Gewerbetreibende, Mittelbürgertum, Bauern mittelgroßer Betriebe) materiell zu saturieren, und andererseits durch Überführung gewisser Besitzklassen (Wald, höher gelegene landwirtschaft-

liche Produktionsflächen, mittelgroße und große Industriebetriebe, Luxusgüter, Burgen und Schlösser, städtische Mietshäuser) den Staatsbesitz zu fördern. Letzterem Zweck dienten auch die Verstaatlichungsdekrete vom Oktober 1945.

„Die Partei hat ein Interesse daran, dass möglichst viele Betriebe konfisziert werden“, formulierte der Vorsteher des Siedlungsamtes Kreysa am 23. November 1945 im engen Kreis seiner Genossen programmatisch. „[Unsere] Aufgabe ist nicht nur die eigentliche Besiedlung, sondern die Veränderung der Betriebsformen.“<sup>29</sup> Damit waren nicht nur seit Herbst 1945 zwischen den Parteien grundsätzlich beschlossene Konzeptionen zur Liquidierung von tausenden Gewerbe- und Industriebetrieben in den Grenzgebieten angesprochen, sondern vor allem die Veränderung der Besitzverhältnisse der konfiszierten Betriebe in Form von Affilierung an Staatsbetriebe, Überführung an ein Organ der lokalen „Volksverwaltung“, andere staatlich gelenkte Organisationen oder zumindest durch Vergenossenschaftung<sup>30</sup>.

Ein internes Memorandum der KSČ-Siedlungskommission führte bezüglich des zur Zuteilung bestimmten Besitzes an: „Wir bilden eine neue Struktur, was für uns Marxisten bedeutet, dass wir die Voraussetzungen des zukünftigen politischen, sozialen und kulturellen Überbaus schaffen. Wir verteilen Eigentum unter breite Schichten des Volkes und wir müssen daher bei dieser Vermögensverteilung Dekrete usw. übergeben, und zwar in einer Form, dass sich die neuen Eigentümer vor allem an unsere Partei gebunden fühlen müssen, dafür, dass das Volksregime sie mit diesem Eigentum beschenkt.“<sup>31</sup>

An anderer Stelle hieß es hinsichtlich der Ausrichtung der kommunistischen Besiedlungs- und Zuteilungspolitik stichwortartig: „Grundlegende Bedingung: konstruktiver Optimismus, Selbstkritik, Offenheit, gründliche Kenntnis konkreter Fakten und Maßnahmen“. Das war in der Tat kurz gefasst das Erfolgsrezept der KSČ. Und weiter: „Politisch lässt sich am meisten Nutzen ziehen aus dem Kampf der KSČ um besitzrechtliche Sicherheit der Siedler. Wir haben unsere Forderungen in der Sache der Zutei-

---

<sup>29</sup> SÚA, f. 100/23, a.j. 14, Sitzungsprotokoll der Siedlungskommission des Nationalökonomischen Ausschusses des ZK der KSČ, 23. November 1945.

<sup>30</sup> Im Juli 1946 gelang es dem kommunistisch geführten Siedlungsamt, als „Kuckucksei“ eine Bekanntmachung (Nr. 1587/1946) zu veröffentlichen, welche die Überführung weiter Teile des konfiszierten Besitzes ohne ordentliches Zuteilungsverfahren, sondern durch bloße Zuweisung durch das Siedlungsamt anhand so genannter Rahmenpläne an den öffentlichen Sektor ermöglichte. Die zum Zeitpunkt der Verabschiedung kaum beachtete Rechtsnorm war bis 1950 die Grundlage für zehntausendfache Zuteilungen von Gütern, Betrieben, Grundstücken etc. an Körperschaften der öffentlichen Hand.

<sup>31</sup> SÚA, f. 100/23, a.j. 10, Vorschläge zur Arbeit der Siedlungskommission beim ZK der KSČ, Bl. 31–41, undatiert, wahrscheinlich Ende 1946.

lung von Gewerben und Häusern durchgesetzt.“<sup>32</sup> Damit wurde Bezug genommen auf die während des ganzen Jahres 1946 anhaltende Uneinigkeit zwischen den Parteien der Nationalen Front über die Modalitäten des Zuteilungsverfahrens der durch Dekret Nr. 108/1945 konfiszierten Gewerbebetriebe und Familienhäuser (Häuser mit maximal zwei Wohnungen). Obwohl grundsätzlich keine Partei weitgehende Zuteilungen an Privatpersonen abgelehnt hatte, war man sich nicht einig gewesen, ob bisherige qualifizierte Nationalverwalter ein Vorzugsrecht besitzen und welche Instanzen die Zuteilungen besorgen sollten. Die KSČ erreichte nach einer groß angelegten Kampagne unter den Nationalverwaltern tatsächlich, dass die übrigen drei Parteien ihre Forderungen nach einem Vorzugsrecht der Nationalverwalter und einer weitgehenden Delegierung des Zuteilungsverfahrens an das Siedlungsamt schließlich im Wesentlichen akzeptierten, sodass im März 1947 endlich ein Gesetz darüber verabschiedet werden konnte<sup>33</sup>. Wie schon vor den Wahlen vom Mai 1946, als den landwirtschaftlichen Siedlern seitens des Landwirtschaftsministeriums (freilich in ihrer Rechtswirksamkeit umstrittene) Besitzdekrete übergeben worden waren, gelang es der Kommunistischen Partei erneut und nicht zu Unrecht, sich als derjenige Interessenvertreter darzustellen, der sich am energischsten für eine möglichst schnelle Überführung des konfiszierten Eigentums in Privathände einsetzte.

Die Taktik, welche die anderen drei Parteien dabei verfolgten, wurde von den Kommunisten sowie in der Historiographie nach folgendem Muster zu erklären versucht: Da die Zuteilung der landwirtschaftlichen Güter direkt vor den Wahlen im Mai 1946 für die drei anderen Parteien genug Wasser auf den Mühlen der KSČ gewesen sei, hätten sie eine Privatzuteilung der nichtlandwirtschaftlichen Besitztümer (welche die KSČ noch im Februar vor den anstehenden Wahlen vorsah) so weit wie möglich hinausschieben wollen, am besten noch über die für Frühling 1948 angesetzten Folgewahlen hinaus. Zudem habe die „Reaktion“ darauf gehofft, in einem freien Zuteilungsverfahren (wo nicht die cirka 100.000 Nationalverwalter, sondern nur Widerstandskämpfer, Kriegsgeschädigte und Remigranten Vorzugsrechte gehabt hätten) zahlreiche Betriebe von Vertretern ihrer Couleur übernehmen lassen zu können, um die für manche Nichtkommunisten erschreckend schnelle rote Einfärbung der Grenzgebiete auf der politischen Landkarte wenigstens teilweise revidieren zu können. Falls dies tatsächlich den Intentionen der Nichtkommunisten entsprochen hätte, dann wäre dies einer fatalen Fehleinschätzung gleichgekommen. Ihre das ganze erste Halbjahr anhaltende Weigerung, an dem in Dekret Nr. 108/1945 vorgesehenen komplizierten und deshalb langwierigen Zuteilungsverfahren etwas zu ändern,

---

<sup>32</sup> Ebenda, Referatsmanuskript der Siedlungskommission, 4. Dezember 1946.

<sup>33</sup> Gesetz Nr. 31/1947, 14. März 1947.



führte manchen mittelständischen Nationalverwalter aus existenziellen Nöten notgedrungen in die Arme der Kommunisten. Für die meisten Neusiedler galt deshalb, dass die KSČ ihr Anwalt im Kampf um möglichst baldige Existenzsicherung war. Noch dazu stand die Partei für einen weit unter den Marktpreisen stehenden Zuteilungspreis und großzügige Zahlungskonditionen in Raten.

„Einzig die Kommunisten haben einen zielbewusst ausgelegten Plan zum Umbau der Wirtschaft und zur Bildung einer neuen Wirtschafts- und Sozialstruktur im Grenzgebiet, während die anderen versuchen, dieses unser Besiedlungswerk hinterhältig zu vereiteln oder wenigstens zu bremsen. [...] Die übrigen Parteien blieben lange auf der Seite und kommen erst jetzt mit einer bestimmten Kritik, die schon in ihrem Grundsatz zeigt, dass sie bisher die Bedeutung, den Sinn und die Ergebnisse der Siedlungspolitik überhaupt nicht verstehen. Die ganze Problematik unseres Grenzgebiets ist ihnen fremd. [...] Ab dem Zeitpunkt, wo sie sahen, dass die Besiedlung erfolgreich abläuft, versuchten sie, den Siedlerstrom auf alle mögliche Arten zu bremsen, und zwar durch Hervorrufen einer Atmosphäre, als ob das Grenzgebiet ein Dschungel wäre, ein Eldorado von Zigeunern, Lumpen und Werwölfen usw. [...] Wenn im Grenzgebiet Schwierigkeiten auftreten, dannbürden sie diese Schwierigkeiten systematisch auf die Schultern der Kommunisten und stellen das Grenzgebiet als ein dem Untergang geweihtes und den ganzen Staat schädigendes kommunistisches Experiment dar.“<sup>34</sup>

Die aus diesen Worten klingende Verbitterung mag übertrieben sein – trotzdem treffen sie den Kern der Sache. Die KSČ besaß im Bereich der Siedlungspolitik und der Verwaltung des konfiszierten Vermögens in der Tat eine Hegemonialstellung, was zu großen Teilen ihrem unermüdlichen Initiativegeist und einem feinen Sinn für die wirklichen tagesaktuellen Bedürfnisse der dominierenden Neusiedlerschicht zu verdanken war. Selbstbewusstes Motto der KSČ-Siedlungskommission war: „Wir sehen, dass wir schlussendlich jeden unserer Vorschläge durchsetzen werden, auch wenn das viel Arbeit abverlangt.“<sup>35</sup> Die anderen Parteien unternahmen erstaunlicherweise nur wenig mehr, als auf die zahlreichen kommunistischen Vorschläge zu reagieren. Wollten sie sich mit einer eigenständigen Politik profilieren, so blieb nur eine Ablehnung der kommunistischen Initiativen bzw. die Verzögerung ihrer Realisierung. Das Heft des Handelns hatten die nichtkommunistischen Parteien in der Siedlungspolitik nie in der Hand. Keine einzige wesentliche und bis Februar 1948 durchgesetzte Aktion in diesem für ein Drittel der böhmischen Länder relevanten Politikfeld entstammte ihrer Ideenküche<sup>36</sup>.

<sup>34</sup> SÚA, f. 100/23, a.j. 10, Referatsmanuskript der Siedlungskommission, 4. Dezember 1946.

<sup>35</sup> Ebenda.

<sup>36</sup> Diese Ausführungen könnten dazu verleiten, die Politik der drei nichtkommunistischen Parteien als aufeinander abgestimmte Gesamtheit zu sehen. Tatsächlich kam es auf zentralstaatlicher Ebene nur gelegentlich zu antikommunistischen Blockbildungen, in den Grenzgebieten, wo die KSČ weitgehend dominierte, schon viel öfters.



Doch es wäre falsch anzunehmen, die Hegemonie der Kommunisten sei vor diesem Zeitpunkt absolut gewesen. Sie war bloß erdrückend. Immerhin sind gewisse Teilerfolge der anderen Parteien auszumachen, die jedoch ausschließlich darin bestanden, kommunistische Vorhaben verhindert, gebremst oder (meist nur unwesentlich) modifiziert zu haben<sup>37</sup>. Die bisherige Forschung beachtete die sehr wohl – wenn auch nur teilweise – vorhandenen Konzeptionen der anderen Parteien (besonders der Sozialdemokratie und der National-Sozialisten)<sup>38</sup> im Politikfeld der Siedlungspolitik fast überhaupt nicht bzw. beschrieb sie anhand jahrzehntelang tradierter Stereotypen. Es bleibt deshalb mit schärferer Optik zu klären, wo die Konfliktlinien im Bereich der Siedlungs- und Grenzgebietspolitik wirklich verliefen und ob die Gräben tatsächlich so tief waren, wie von bisherigen Autoren behauptet wurde.

#### ETAPPEN

Knapp die Hälfte aller amtlich erfassten Siedler gelangte noch vor Jahresende 1945 in die Grenzgebiete. Am intensivsten war der Siedlerstrom in den Monaten Mai bis Oktober 1945, der eigentlichen Pionierzeit der Ansiedlungsbewegung. Bis Jahresende 1945 kamen pro Monat durchschnittlich mehr als 100.000 Menschen neu in die Grenzgebiete, bis Oktober sogar rund 175.000 Siedler monatlich. Die Siedlungswelle riss auch im Herbst und Winter 1945 nicht ab. Spätestens Anfang Februar 1946 war die Marke von einer Million Neusiedlern erreicht<sup>39</sup>. Zu diesem Zeitpunkt hatte die organisierte Aussiedlung der deutschen Bevölkerung bereits begonnen. Trotzdem kann festgehalten werden, dass rund die Hälfte der Neusiedler bereits *vor* Beginn der organisierten Abschiebungen der Deutschen in die Grenzgebiete gelangt war. Die weit verbreitete Vorstellung, dass die tschechischen Neusiedler in der Regel praktisch bevölkerungsleere Räume vorgefunden hät-

<sup>37</sup> So z.B. die Affilierung von mittleren und großen konfiszierten Industriebetrieben an Staatsunternehmen – ab 1946 eine KSČ-Hauptforderung, die besonders während des Folgejahres zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Nationalen Front geführt hatte. Bis zum 25. Februar 1948 wurden dank des „reaktionären“ Widerstands praktisch keine Affilierungen rechtswirksam.

<sup>38</sup> So die Konzentrierung der zentralen Siedlungsbehörden in einem neu zu schaffenden Siedlungsministerium oder die Erhöhung der zulässigen Obergrenze bei Bodenzuteilungen auf über 13 Hektar.

<sup>39</sup> Vladimír Srb, *Osídlení českého pohraničí v letech 1945–1959 (Výtah)* [Die Besiedlung des böhmischen Grenzgebietes in den Jahren 1945–1959 (Auszug)], in: *Materiály k problematice novoosídlenického pohraničí 8* (Zpravodaj koordinované síte vědeckých informací pro etnografii a folkloristiku 3, Praha 1984) Tabelle 76f.

ten, entbehrt deshalb jeglicher Grundlage<sup>40</sup>. Von einer zeitlichen Abfolge „erst Abschub, dann Besiedlung“ kann im gesamtstaatlichen Rahmen keine Rede sein. Beide Prozesse liefen vielmehr simultan ab. Waren die Monate Juni bis Oktober 1945 die Kulminationsphase, was die Intensität des Neusiedlerstroms anbelangt, so erreichten die organisierten Aussiedlungen von Deutschen erst im Sommer darauf ihre monatlichen Spitzenwerte.

Im Laufe des Jahres 1946 lag der monatliche Durchschnitt an Neusiedlern schon deutlich unter dem Wert des Vorjahres (weniger als 50.000 Siedler pro Monat, aber immer noch über 1.000 Siedler pro Tag). Entgegen dem Vorjahr, wo sich die Ansiedler hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Hilfsarbeitern und Gewerbetreibenden zusammensetzten, nahmen jetzt vermehrt akut benötigte Industriearbeiter an der Siedlungsbewegung teil. Gegen Frühling 1947 verringerte sich der monatliche Durchschnitt weiter auf rund 25.000 Neusiedler pro Monat – immer noch eine stattliche Zahl.

Ab Jahresmitte 1946 zeichnete sich jedoch allmählich ein Gegentrend ab. Rückmigrationen begannen, gegenüber dem Neusiedlerstrom zu überwiegen. Vor allem im Bereich der landwirtschaftlichen Ansiedlung machte sich diese Tendenz ab Herbst 1946 deutlich bemerkbar<sup>41</sup>. Nach internen Angaben des Landwirtschaftsministeriums war bis 1. Oktober 1949 rund ein Viertel aller landwirtschaftlichen Siedler wieder ins Landesinnere zurückgekehrt<sup>42</sup>. Die Rückmigrationen kulminierten im Jahre 1948 – im Hinblick auf die „Säuberungsaktionen“ nach den Februarereignissen sicher nicht zufällig<sup>43</sup>. Von Mai 1947 bis zur Volkszählung im März 1950 errechnete das Statistische Staatsamt für die Grenzgebiete ein negatives Migrations-

---

<sup>40</sup> Vgl. z.B. Alfred Bohmann, Die Entvölkerung der Sudetenländer als Folge der Ausweisung der sudetendeutschen Volksgruppe (Troisdorf 1951) 5, wo der Demograph Bohmann von der „Tatsache der vorübergehend völligen Entvölkerung der einstmaligen sudetendeutschen Gebiete“ spricht. An anderer Stelle geht Bohmann für die Grenzgebiete von einem „Bevölkerungstiefstand etwa im Frühjahr 1946“ aus, „der dann mit allen Mitteln möglichst rasch wieder beseitigt werden sollte“ (ebenda 36). Dieser Nachkriegstiefstand stellte sich jedoch erst zum Jahresübergang 1946/47 ein, als die organisierte Massenausiedlung der Deutschen zu Ende war und der Zustrom an Neusiedlern bereits von der Rückwanderung ins Landesinnere (und in die Slowakei) übertroffen wurde. Nur dank der relativ zum Landesinnern deutlich höheren Geburtenrate stieg die Bevölkerungszahl der Grenzgebiete ab 1947 allmählich wieder an, erreichte aber bis in die Gegenwart nicht den Vorkriegsstand von fast vier Millionen Bewohnern. – Auch in aktuellen Darstellungen aus gelehrter Hand findet sich das Stereotyp der „menschleeren Grenzgebiete“ wieder. Vgl.: Die Flucht der Deutschen (Spiegel special 2, 2002) 100.

<sup>41</sup> Slezák, Zemědělské osídlování 119–126.

<sup>42</sup> Ebenda 126.

<sup>43</sup> Im Jahre 1946 kehrten 1.525 amtlich erfasste Siedler zurück, 1947 schon 8.666, 1948 27.674, 1949 bis zum 1. Oktober 6.353 Siedler (nur landwirtschaftliche Siedler). Zahlen nach: Ebenda.

saldo von 90.000 Siedlern<sup>44</sup>. Dass im März 1950 in den Grenzgebieten trotzdem an die 40.000 Menschen mehr wohnten als im Mai 1947, war nur der außergewöhnlich hohen Geburtenrate unter der vornehmlich jungen Bevölkerung zu verdanken.

#### REMIGRATION UND ETHNISCHE MINDERHEITEN UNTER DEN NEUSIEDLERN

Abgesehen von den 500.000 bis 600.000 in den Grenzgebieten verbliebenen alteingesessenen bzw. während der deutschen Besetzung neu hinzugekommenen Tschechen und Deutschen, stammten maximal 10 Prozent der Neusiedler nicht aus dem Landesinneren, sondern hatten seit ihrer Geburt im Ausland gewohnt. Dies unterschied diese *Remigranten* von einigen hunderttausenden tschechischen *Repatrianten*, die aus politischen Gründen oder als Fremdarbeiter erst ab 1938 die böhmischen Länder verlassen hatten und nach Kriegsende ebenso teilweise in den Grenzgebieten siedelten.

Die Jahre 1946 bis 1949 stellten die Zeit der stärksten Remigrationswelle dar. Die Zahl der Remigranten war am Ende wesentlich geringer, als die Staatsorgane noch 1945 geplant hatten und die vorläufigen Anmeldungen vermuten ließen. An der Verringerung der Remigrantenanzahl hatten die langwierigen Verhandlungen mit den Herkunftsländern, die gesunkene Attraktivität der Tschechoslowakei nach der Schaffung des kommunistischen Machtmonopols im Februar 1948 und nicht zuletzt der Umstand, dass die Nachkriegs-ČSR aus strukturellen Gründen nicht allen Berufsgruppen ein Betätigungsfeld bieten konnte, Anteil.

Mehr als die Hälfte aller Remigranten waren Slowaken. Unter den in den Grenzgebieten bzw. in den böhmischen Ländern überhaupt angesiedelten Remigranten stellten hingegen die Tschechen eine knappe Mehrheit<sup>45</sup>. In den böhmischen Ländern wurden bis 1950 maximal 53.000 slowakische Remigranten angesiedelt. Nach den Volkszählungsergebnissen von 1950 bestand ein Viertel aller im tschechischen Landesteil lebenden Slowaken aus Remigranten<sup>46</sup>. In Westböhmen stellten die Remigranten sogar die Mehrheit der dort besonders zahlreich vertretenen Slowaken<sup>47</sup>. Die wichtigsten Herkunftsländer der slowakischen und tschechischen Remigranten waren

<sup>44</sup> Osídlení pohraničí v letech 1945–1952, 27.

<sup>45</sup> Dies wurde von einigen Autoren bisher verkannt. Vgl. Iva Heroldová, Příchod slovenských reemigrantů v českých zemích [Die Ankunft slowakischer Remigranten in den böhmischen Ländern], in: Český lid 73 (1986) 220–234 hier 232. Der Artikel bietet eine fundierte Übersicht über die einzelnen Gruppen slowakischer Remigranten in den böhmischen Ländern.

<sup>46</sup> Helena Nosková, Slováci a slovenská kultura v českých regionoch [Slowaken und slowakische Kultur in den böhmischen Regionen], in: Slovenské listy 5 (1997) 28f.

<sup>47</sup> Dieselbe, Slováci v Čechách [Slowaken in Böhmen], in: Slovenské listy 5 (1997) 32f.

Ungarn, die Sowjetunion (Wolhynien, ferner die ehemalige Karpato-Ukraine), Rumänien, Österreich, Polen, Deutschland, Frankreich, Jugoslawien und Bulgarien.

Die Hauptmotive zur Remigration in die Tschechoslowakei lagen für Menschen aus Ost- und Südosteuropa besonders in der sich dort bereits ab 1945 etablierenden sozialistischen Gesellschaftsstruktur und der sich daraus ergebenden Gefährdung von Privatbesitz, ferner in der weitgehenden Zerstörung ihrer Heimatländer infolge Kriegseinwirkung, in einer Idealisierung der Zustände in der wirtschaftlich und sozial höher entwickelten Tschechoslowakei sowie im Glauben an den raschen sozialen Aufstieg und den leichten Erwerb von Privatbesitz. Der tschechoslowakische Staat hatte zwecks Stärkung des „slawischen Elements“ und zur Gewinnung von Arbeitskräften Interesse an einer möglichst umfassenden Remigration von Tschechen und Slowaken aus dem Ausland.

Die überwiegende Mehrzahl der Remigranten traf erst ab 1947 in der Tschechoslowakei ein, also nach Ende der großen Binnenbesiedlungswelle. Die Gesamtzahl aller Remigranten betrug nach einem regierungsinternen Abschlussbericht aus dem Jahre 1950 etwas über 200.000 Personen. Von diesen stammten über 70.000 aus Ungarn, fast 40.000 aus dem ukrainischen Wolhynien, 21.000 aus Rumänien<sup>48</sup>. Von den aus Ungarn remigrierten Slowaken verblieb die große Mehrzahl in der Slowakei, nur ungefähr 10.000 dieser meist mehr schlecht als recht slowakisch sprechenden „Slowaken“ ließen sich in den Grenzgebieten der böhmischen Länder nieder<sup>49</sup>. Die sich seit den frühen fünfziger Jahren mit der Remigration beschäftigende Ethnologin Iva Heroldová spricht von 170.000 Remigranten insgesamt. Davon hätten sich 120.000 in den Grenzgebieten niedergelassen<sup>50</sup>, was somit rund 7 Prozent aller Neusiedler entsprechen würde.

Dem primären Sektor gehörten vor allem die Remigranten aus Wolhynien, Rumänien und Polen an. Aus Deutschland rekrutierten sich viele Industriearbeiter. Aus Frankreich remigrierten besonders zahlreich Bergarbeiter aus dem Norden des Landes. Die Remigranten aus Österreich betätigten sich typischerweise als Gewerbetreibende, Handwerker oder im Handel.

In den Jahren 1945 bis 1946 trafen Remigranten individuell, d.h. meist noch ohne staatliche Förderung, und unkontrolliert ein. Sie stammten vorwiegend aus Österreich, Polen, Jugoslawien, Frankreich, Belgien und

---

<sup>48</sup> Vaculík, Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků 21.

<sup>49</sup> Ebenda 60–62.

<sup>50</sup> Iva Heroldová, Novoosídlené pohraničí a etnografie [Das neubesiedelte Grenzgebiet und die Ethnographie], in: Etnické procesy. Referáty z pracovní konference Praha (Praha 1978) 11–28 hier 17.

Deutschland und zählten mehr als 64.000 Personen<sup>51</sup>, wovon sich allerdings nicht alle in den Grenzgebieten ansiedelten. Diese Siedler hatten im Gegensatz zu den erst ab 1947 eintreffenden Remigranten eher die Möglichkeit, sich attraktive Landwirtschafts- bzw. Gewerbebetriebe zu sichern. Sehr heterogen war die Zusammensetzung der 1947 bis 1950 eintreffenden Gruppen. Abgesehen von den kulturell vergleichsweise hoch entwickelten und landwirtschaftstechnisch auf hohem Niveau stehenden Wollhynientschechen trafen in diesen Hauptjahren der Remigration eher wenig bemittelte und kulturell bereits deutlich vom bisherigen Aufenthaltsland geprägte Tschechen und Slowaken ein. Die meisten dieser Remigranten stammten aus Rumänien, Ungarn und Bulgarien.

1950 waren nach dem offiziellen Zensusergebnis rund 88 Prozent aller Grenzlandbewohner tschechischer Nationalität (nach Schätzung des Autors um einige Prozentpunkte weniger, obwohl zehntausende Menschen gewiss in ihrer Identität zwischen zwei verschiedenen Nationalitäten oszillierten und somit nicht eindeutig „zugeordnet“ werden können<sup>52</sup>). Unter den Neusiedlern hatten sich mehr als 90 Prozent Tschechen befunden. Die Grenzgebiete wurden aber nach dem Zweiten Weltkrieg auch für Angehörige einer ganzen Reihe anderer ethnischer Gruppen zur neuen Heimat – vorübergehend oder für den Rest des Lebens. Das ethnische Bild der Grenzgebiete gestaltete sich 1950 völlig anders als in der Zeit vor dem Krieg. In gewissen Gegenden erreichten Minderheiten eine prozentuale Bevölkerungsstärke von 30 Prozent und mehr.

Die ethnisch drittstärkste Gruppe nach Tschechen und Deutschen stellten slowakische Grenzlandbewohner. 1950 wurden in den Grenzgebieten schon 156.000 sich als Slowaken bezeichnende Personen registriert<sup>53</sup>, womit ihre Zahl sich derjenigen der Deutschen anglich. Es ist wahrscheinlich, dass sich tatsächlich noch mehr Slowaken – zumindest temporär – in den Grenz-

---

<sup>51</sup> Jaroslav Vaculík, Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků v letech 1945–1948 [Die Remigration der Auslands tschechen und -slowaken in den Jahren 1945–1948], in: Slezský sborník 1–2 (1994) 53–58 hier 55.

<sup>52</sup> Ein Beispiel für eine ethnisch indifferente Bevölkerungsgruppe stellen die Hultschiner *Moravci* dar (neben den Schlonzaken im Teschener Gebiet und den tschechischstämmigen, aber jahrhundertlang zu Niederösterreich gehörenden Bewohnern des Weitra-Gebiets); vgl. zu den Hultschinern: Adrian von Arburg, Nationalstaat zum Abgewöhnen: Vilém Plačeks Hlučinsko, in: Bohemia 43 (2002) 130–141.

<sup>53</sup> Vladimír Srb, Alois Andrlé, Populační, ekonomický a národnostní vývoj pohraničních okresů ČSR od roku 1930 do roku 2010 [Die Entwicklung der Population, Ökonomie und Nationalitäten der Grenzbezirke der ČSR 1930–2010] (Knižnice ministerstva výstavby a stavebnictví ČSR, Praha 1989) 26. Der Klarheit wegen sei darauf hingewiesen, dass die Zahl aus dem Jahre 1950 bereits slowakische Remigranten beinhaltet.

gebieten aufhielten<sup>54</sup>. Ein statistisches Problem rührt allerdings daher, dass nicht alle aus der Slowakei kommenden Siedler wirklich als Slowaken im ethnischen Sinne gelten können<sup>55</sup>. Es ist davon auszugehen, dass unter ihnen einige tausend Russinen bzw. Ukrainer waren, bzw. „reslowakisierter“ Magyaren.

Die nach Zahl der vertretenen Individuen nächste ethnische Siedlergruppe rekrutierte sich aus Magyaren. Grundsätzlich gelangten Magyaren zwischen 1945 und 1949 in mehreren Wellen in die böhmischen Länder und deren Grenzgebiete. Dabei war ein freiwilliger Wegzug zum Arbeitseinsatz die Ausnahme. Die überwiegende Zahl der Magyaren – nämlich über 44.000 Personen – wurde im Verlauf der Deportationsaktion vom November 1946 bis zum Februar 1947 in den westlichen Landesteil verbracht. Diese magyarischen Zwangsarbeiter – als solche muss man sie bezeichnen – stellten praktisch bis 1948 die einzige Siedlergruppe dar, die nicht freiwillig in die Grenzgebiete gelangte. Entgegen einem noch immer verbreiteten Klischee wurden jedoch rund vier Fünftel der magyarischen Deportierten nicht in die Grenzgebiete, sondern ins böhmisch-mährische Landesinnere verschleppt<sup>56</sup>. Im Zuge der Lockerung der tschechoslowakischen Politik gegenüber der magyarischen Minderheit machten sich die meisten bereits vor Ende des Jahres 1948 wieder zurück in die Südslowakei auf. Eine zweite Zwangsdeportation („Aktion Süd“), die zahlenmäßig weit weniger (unter 1.000) Personen umfassen sollte, wurde kurz nach ihrem Beginn jäh abgebrochen. 1950 wurden in den böhmischen Ländern nur mehr 13.201 Personen magyarischer Nationalität registriert<sup>57</sup>, wie viele davon in den Jahren 1945 bis 1947 Deportierte waren, ist angesichts der Unzugänglichkeit der

<sup>54</sup> Vgl. Olga Šrajnerová, *Migrace Slováků do českých zemí v letech 1945–1948* [Die Migration von Slowaken in die böhmischen Länder in den Jahren 1945–1948], in: *Slezský sborník* 1(1998) 20–35 hier 26.

<sup>55</sup> Radim Prokop schätzt, dass rund 75 Prozent der damals aus der Slowakei in die böhmischen Länder gelangten Personen ethnische Slowaken waren. Vgl. Radim Prokop et al., *Slováci v České republice po roce 1945* [Slowaken in der Tschechischen Republik nach dem Jahre 1945] (Šenov u Ostravy 1998) 61.

<sup>56</sup> Vgl. das der Deportierung von Magyaren gewidmete Kapitel: Adrian von Arburg, *Ungarische Zwangsumgesiedelte aus der Slowakei in den böhmischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hgg.), *Migration – Integration – Minderheiten seit dem 17. Jahrhundert: eine europäische Enzyklopädie* (erscheint Osnabrück 2007); ders., *Egy deportálás háromszoros kudarcra. Dél-szlovákiai magyarok a cseh határvidéken (1945–1949)* [Das dreimalige Scheitern einer Deportation. Magyaren aus der Südslowakei in den böhmischen Grenzgebieten (1945–1949)], in: *Bécsi Napló XXIII* (2002) 3, 5 und 4, 5.

<sup>57</sup> Vladimír Srb, *Demografický profil maďarské menšiny v Československu* [Demographisches Profil der magyarischen Minderheit in der Tschechoslowakei], in: *Český lid* 72 (1985) 218–230 hier Tabelle 1, 219.

genauen Zensusdaten von 1950 noch immer ungeklärt. Der Aufenthalt von insgesamt über 50.000 südslowakischen Magyaren in den böhmischen Ländern war also nur von vorübergehender Dauer, hinterließ aber bei den Betroffenen noch lange tiefe Spuren des Erlebten<sup>58</sup>.

Die Grenzgebiete wurden zur dauernden oder nur kurzzeitigen Heimat von weiteren ethnischen Minderheiten. Von den im August 1947 innerhalb der böhmischen Länder amtlich gezählten 16.752 „nomadisierenden Zigeunern und anderen sich der Arbeit entziehenden Landstreichern“ (nach heutiger Terminologie meist Roma) hielt sich nach neueren Erkenntnissen weniger als die Hälfte in den Grenzgebieten auf<sup>59</sup>. Da die einheimischen böhmisch-mährischen Roma während des Zweiten Weltkriegs fast vollständig ausgelöscht worden waren, stammten praktisch alle Roma-Neusiedler aus der Slowakei oder – in geringerem Maße – aus Südosteuropa. In den Jahren 1949 und 1950 nahm die Tschechoslowakei rund 15.000 griechische Bürgerkriegsflüchtlinge auf, von denen die überwiegende Mehrzahl in bisher unterbesiedelten Gebieten angesetzt wurde (Schwerpunkt Nordmähren und angrenzendes Ostböhmen)<sup>60</sup>. Vorwiegend in Bezirke in Mittel- und Nordmähren wurden auch die meisten südmährischen Kroaten zwangsweise umgesiedelt. Die ethnische Heterogenität der Grenzlandbevölkerung wurde erweitert durch einige tausend russinische Optanten aus der Karpato-Ukraine, Lausitzer Sorben in Nordböhmen und insgesamt über 20.000 – nur vorübergehend anwesende – ausländische Gastarbeiter aus Rumänien, Bulgarien, Italien und Polen, die in der Mehrheit als landwirtschaftliche Hilfskräfte eingesetzt wurden.

#### BILANZ EINES BEVÖLKERUNGSUSTAUSCHES

Die Gesamtzahl der Neusiedler ist bisher höchst unterschiedlich angegeben worden. Amtliche tschechoslowakische Angaben reichen von knapp

<sup>58</sup> Vgl. die erwähnten Augenzeugenberichte und weiteren Verweise auf einschlägiges Dokumentationsmaterial in: Imre Molnár, Kálmán Varga, Hazahúzott a szülőföld... Visszaemlékezések, dokumentumok a szlovákiai magyarság Csehországba deportálásáról, 1945–1953 [Die Heimat Erde hat mich heimgezogen... Erinnerungen und Dokumente der Deportation der Ungarn nach Böhmen 1945–1953] (Budapest 1992); daneben eine nach einem Augenzeugenbericht verfasste, zuerst auf Ungarisch erschienene Schilderung: Zoltán Újváry, Bezdómocem ve své vlasti [Heimatloser im eigenen Vaterland] (Praha 1994).

<sup>59</sup> Tomáš Haišman, Cikánské obyvatelstvo v českém pohraničí v prvních letech osídlování [Zigeunerbevölkerung im böhmischen Grenzgebiet in den ersten Jahren der Besiedlung], in: Etnické procesy v novoosídleném pohraničí – Dělnictvo v etnických procesech [Ethnische Prozesse im neu besiedelten Grenzgebiet – Die Arbeiterschaft in den ethnischen Prozessen] 2 (Praha 1986) 117–132 hier 119–124.

<sup>60</sup> Antula Botu, Řecká etnická skupina v Československu [Die griechische ethnische Gruppe in der Tschechoslowakei], in: Český lid 69 (1982) 47–49.



1,4 Millionen<sup>61</sup> bis fast zwei Millionen<sup>62</sup> Neusiedlern. Bei der Eruiierung ergeben sich erhebliche methodische Schwierigkeiten. Je nach berücksichtigtem Territorium, nach Zeitperiode, Datengrundlage und Definition des „Neusiedlers“ werden sich die Gesamtzahlen um hunderttausende unterscheiden. Leider sind die offiziell veröffentlichten Angaben nicht immer nachvollziehbar und daher auch nicht überprüfbar. Der Autor plädiert dafür, auch jene als Neusiedler zu betrachten, die noch vor 1950 aus verschiedenen Gründen (mangelnde Qualifikation, politische Verfolgung, Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen) wieder in ihre Herkunftsgebiete zurückkehrten, sofern sie in bleibender Absicht gekommen waren. Auch wenn eine solche statistisch unmöglich zu eruiieren ist, so darf verlässlich angenommen werden, dass von den mehreren hunderttausend vor 1950 rückgewanderten Siedlern längst nicht alle die Neubesiedlungsgebiete in bloßer Goldgräbermotivation aufgesucht hatten. Die Zahl der „Goldgräber“, die keine Absicht zu bleiben verfolgten, wird kaum höher sein als die der „ehrlichen Gescheiterten“. Ein interner Bericht über die bisherige Arbeit des Nationalen Bodenfonds erwähnt insgesamt 31.424 landwirtschaftliche Nationalverwalter und Guts-erwerber, die ihren Neusiedlerhof bis Ende 1948 aufgaben<sup>63</sup>. Da die Zahl sich ohne Familienangehörige versteht, bezieht sie sich wohl auf cirka 120.000 bis 150.000 Personen – und dies allein im Landwirtschaftssektor. Mehr als die Hälfte aller Neusiedler betätigte sich jedoch im nichtlandwirtschaftlichen Sektor, womit die geschätzte Zahl der bis 1950 ins Landesinnere rückgewanderten Siedler mit Sicherheit bei mehreren hunderttausenden, vielleicht über einer halben Million liegt. Zudem gilt, dass die Zahl der behördlich an- und abgemeldeten Grenzlandbewohner immer um einiges niedriger war als die Zahl der sich dort tatsächlich langfristig aufhaltenden Bevölkerung, was sich auch aus einer vertraulichen Information Miroslav Kreysas ergibt<sup>64</sup>. Diese Gesichtspunkte und weitere, hier nicht besprochene Erwägungen berücksichtigend, schätzt der Autor die Zahl der zwischen 1945 und

---

<sup>61</sup> Osídlení pohraničí v letech 1945–1952, 22. Die dortigen Angaben berücksichtigen nur die Zeit bis zum 22. Mai 1947.

<sup>62</sup> Diese höhere Zahl vertrat in der Regel das Prager Siedlungsamt. Vgl. Vladimír Nindel, Osídlení koncem roku 1948 [Die Besiedlung zu Jahresende 1948], in: Osídlování V (1950) 534f. Dortige Angaben verstehen sich per 31. Dezember 1948.

<sup>63</sup> SÚA, f. 100/1, sv. 197, a.j. 1019, Tätigkeitsbericht des NPF von seiner Gründung im Jahre 1945 bis Ende 1948 an Minister Ďuriš, Bl. 133.

<sup>64</sup> SÚA, f. 100/23, a.j. 310, Protokoll der Sitzung des Beraterstabs des Siedlungsamtes, 25. April 1946, Bl. 22–40. Kreysa erwähnt, dass per 3. Februar 1946 schon 1.850.384 Tschechen im „Grenzgebiet“ gelebt hätten, was bedeute, dass mit 51 Prozent aller Grenzlandbewohner Tschechen erstmals die Mehrheit gegenüber den Deutschen stellten. Zusammen mit den unangemeldeten Tschechen sei von einer Zahl über zwei Millionen auszugehen.

1950 in bleibender Absicht in sämtliche Neubesiedlungsgebiete Gewanderten auf etwas über zwei Millionen Menschen.

Die Bevölkerungszahl der Grenzgebiete entsprach am Ende des Massenbesiedlungsprozesses ungefähr dem Stand von Mitte des 19. Jahrhunderts (1853: 2,630.000 Einwohner)<sup>65</sup>. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der im Laufe des Herbstes 1938 an Deutschland und Polen gefallenen Grenzgebiete lag nach den Volkszählungsergebnissen des Jahres 1930 bei 127 Personen pro km<sup>2</sup>. 1950 betrug sie nur mehr 82 Personen pro km<sup>2</sup><sup>66</sup>. Dies bedeutet, dass die Bevölkerungsdichte in Folge der Ausweisung der Deutschen und trotz Neubesiedlungsanstrengungen auf unter zwei Drittel des Vorkriegsstandes gesunken war. Noch heute (Volkszählungsergebnisse von 2001) weisen die Grenzgebiete, sowie die böhmischen Länder insgesamt, eine Bevölkerungszahl auf, die merklich unter dem Stand von 1930 liegt.

Die Verringerung der Bevölkerungsdichte fiel in den einzelnen Bezirken höchst unterschiedlich aus. Ländlich geprägte Gebiete verzeichneten eine rapide Abnahme, während in Städten oft sogar eine Bevölkerungszunahme zu beobachten war. In stark industrialisierten Bezirken, wie beispielsweise in Nordwestböhmen, lag die Bevölkerungsdichte am Ende der Besiedlungsaktion nur unwesentlich tiefer als vor dem Krieg. In den höher gelegenen, landwirtschaftlich meist extensiv bewirtschafteten Bezirken wurde jedoch oft nicht einmal die Hälfte des Vorkriegsstandes erreicht<sup>67</sup>. Mit über 70 Prozent verringerte sich die Bevölkerung am beträchtlichsten im Bezirk Graslitz (Kraslice). Am wenigsten sank die Bevölkerungsdichte dagegen in den Bezirken Leutensdorf (Litvínov; 11,5 Prozent Bevölkerungsverlust) und Brüx (Most; 14,9 Prozent)<sup>68</sup>, wo bereits vor dem Krieg stellenweise Tschechen die Mehrzahl der Einwohnerschaft gestellt hatten (Industrie- und Grubenarbeiter).

Statistisch gesehen machte sich in den ersten Nachkriegsjahren aus beinahe jeder tschechischen Familie ein Mitglied auf den Weg in die Grenzgebiete. Die Regel war jedoch, dass ganze – meist noch junge – Familien ihr Glück versuchten. Ausgehend von der Gesamtbevölkerung wiesen naturgemäß diejenigen Bezirke den höchsten Neusiedleranteil auf, die vor dem Krieg den höchsten Anteil deutscher Bewohner beanspruchen konnten. Den geringsten Anteil Alteingesessener verzeichneten nach Zählung vom Mai 1947 die Bezirke Plan (Planá; 5,98 Prozent), Tepl (Teplá; 6,00 Prozent) und Marienbad (Mariánské Lázně; 7,77 Prozent). Durchschnittlich setzte sich die Grenzlandbevölkerung aus rund zwei Dritteln Neusiedlern und einem Drittel Altsiedlern zusammen.

<sup>65</sup> Osídlování II (1947) 84.

<sup>66</sup> Osídlení pohraničí v letech 1945–1952, VIII.

<sup>67</sup> Für Angaben zur Bevölkerungsdichte pro Bezirk vgl.: Ebenda, Tabelle 2, 33f.

<sup>68</sup> Ebenda. Die Zahlen beziehen sich auf die Veränderung zwischen 1930 und 1952.

Insgesamt wurden in den Grenzgebieten beinahe zwei Millionen Hektar Land konfisziert (das entspricht rund der halben Fläche der Schweiz). Über vier Fünftel des innerhalb der böhmischen Länder konfiszierten „feindlichen“ Grundbesitzes befand sich in den Grenzgebieten. Fast ein Drittel der Gesamtfläche der böhmischen Länder verlor damit seinen bisherigen Besitzer durch Beschlagnahme auf der Basis von Dekret Nr. 12/1945 vom Juni 1945. Von der Konfiskation ihres landwirtschaftlich nutzbaren Landes waren rund 240.000 Besitzer (meist Deutsche) betroffen. Bis 1947 erhielten an die 110.000 Neusiedler einen Hof mit durchschnittlich 8,3 Hektar Land zugeteilt<sup>69</sup>. Die zulässige Obergrenze lag bei 13 Hektar.

Die überwiegende Mehrheit der Siedler war jedoch nicht im landwirtschaftlichen Sektor tätig, sondern in Industrie, Gewerbe und Handel<sup>70</sup>. Die Eigentumszuteilung von nichtlandwirtschaftlichem Besitz (bewegliche Kleingüter, Motorfahrzeuge, Häuser, Gewerbe- und kleinere Industriebetriebe etc.) war bis zur kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 mehrheitlich noch nicht abgeschlossen. Obwohl die ersten Zuteilungen von Gewerbebetrieben und Familienhäusern erst nach dem 25. Februar 1948 stattfanden und das kommunistische Regime getreu seinen Versprechungen aus den ersten Nachkriegsjahren die Eigentumszuteilungen zunächst mit Volldampf vorantrieb, machten sich bereits ab Anfang 1949 zunehmend restriktive Züge in der Zuteilungspraxis bemerkbar. Die Behörden suchten nach rein formaljuristisch legalen Wegen, um unliebsamen Neusiedlern ihre bereits zugeteilten oder in Aussicht gestellten Betriebe und Wohnungen wieder zu entreißen. So ist denn auch die vertrauliche Anfrage des kommunistischen Generalsekretärs Rudolf Slánský vom September 1948 an den Vorsteher des Siedlungsamtes Kreysa zu verstehen, mit welchen Mitteln dies zu erreichen sei<sup>71</sup>. Die Folge dieser jähen – von Richtlinien des Kominform aus dem Sommer 1948 maßgeblich beeinflussten – politischen Kehrtwende in der Zuteilungspolitik war, dass bis zur Auflösung des Siedlungsamtes im März 1950 längst nicht mehr alle konfiszierten Gewerbe an Privatpersonen zugeteilt wurden und sich etliche Erwerber von Besitzdekreten

---

<sup>69</sup> SÚA, f. Ministerstvo zemědělství – kabinet a sekretariát ministrů [Landwirtschaftsministerium – Kabinett und Sekretariat der Minister], 1945–1960 (MZ-S), kr. 192, Inv.-Nr. 106, Bericht über die Ergebnisse der Bodenreform per 1. März 1949.

<sup>70</sup> Zur Berufs- und „Klassenzusammensetzung“ der Grenzgebiete vgl.: Vladimír Nindel, Pohraničí a jeho třídní složení [Das Grenzgebiet und seine Klassenzusammensetzung], in: Osídlování IV (1949) 365–367. Zahlen zur Sozial- und Berufsstruktur nach Bezirken per 22. Mai 1947 bei: Karel Kaplan, Jiří Sláma, Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935–1946–1948. Eine statistische Analyse (München 1986) Tabellen B3–1 und B3–2.

<sup>71</sup> SÚA, f. 100/1, sv. 180, a.j. 1125, Schreiben von Slánský an Kreysa, 13. September 1948.

meist unter massivem behördlichem Druck schon „höheren Produktionsformen“ angeschlossen hatten. Auf landwirtschaftlichem Gebiet fand diese zügige Eindämmung des Privatbesitzes ihre Parallele in den ab 1949 gegründeten Einheitlichen Landwirtschaftsgenossenschaften (Jednotná zemědělská družstva, JZD), die besonders in den Grenzgebieten unter den oftmals überforderten und überschuldeten Neusiedlerbauern einen merklich höheren Zulauf verzeichnen konnten als im Landesinneren, wo die Gründung von JZD erst Anfang der fünfziger Jahre zu einer Massenerscheinung wurde.

#### DIE WAHLEN VOM MAI 1946 IN DEN GRENZGEBIETEN

In den Grenzgebieten entstand in den ersten Nachkriegsjahren eine neue Gesellschaft, die sich in vielem grundlegend von der tschechischen Gesellschaft im Landesinnern unterschied. Dies manifestierte sich anschaulich anlässlich der Wahlen in die Verfassungsgebende Nationalversammlung am 26. Mai 1946. Während in den böhmischen Ländern insgesamt die KSČ 40,2 Prozent der Stimmen errang, erreichte sie in den Grenzgebieten mit rund 53 Prozent bereits souverän die absolute Mehrheit. Das Wahlverhalten der Neusiedler war das kommunistenfreundlichste von allen Gruppen der tschechoslowakischen Gesellschaft überhaupt. Von den neuen Grenzlandbauern dürften um die drei Viertel kommunistisch gewählt haben. Wohl am zweitmeisten Neusiedlerstimmen konnten die landesweit letztplatzierten Sozialdemokraten, dicht gefolgt von den National-Sozialisten, für sich verbuchen (beide unter 20 Prozent). Fast keine bis sehr wenig Stimmen (höchstens fünf Prozent) kamen der unter den Neusiedlern wenig populären und in der Siedlungspolitik kaum engagierten Volkspartei zu<sup>72</sup>. Es ist wahrscheinlich, dass die KSČ unter den alteingesessenen Wählern der Grenzgebiete schlechter abschnitt als im ganzen tschechischen Landesteil bzw. im Landesinneren. Falls diese durch Studien gestützte Annahme stimmt, so kann man in den Grenzgebieten von einer politisch beispielloser stark polarisierten Gesellschaft sprechen: Alteingesessene, die eher zu den die Werte der Ersten Republik verkörpernden Parteien hielten, – Neusiedler, die wohl zu ungefähr zwei Dritteln kommunistisch wählten.

Waren die Wahlergebnisse in den Grenzgebieten für den tschechischen Landesteil, oder gar gesamtstaatlich, wahlentscheidend? Dies kann ausgeschlossen werden. Die Kommunistische Partei hätte auch ohne Grenzgebiete die meisten Stimmen auf sich vereinen können, dank ihrem über 900.000

<sup>72</sup> Jiří Sláma, Das Wahlverhalten der Neusiedler in der Parlamentswahl von 1946 in Böhmen, in: *Bohemia* 28 (1987) 377–382 hier 380. Vgl. Kaplan, Sláma, Parlamentswahlen 62.

Stimmen zählenden Vorsprung vor den National-Sozialisten<sup>73</sup>. Für die regionale Entwicklung innerhalb der Grenzgebiete waren jedoch die Wahlergebnisse von höchst bedeutender Natur. Erstmals wurde die hier schon vorher gefestigte, starke Position der KSČ demokratisch legitimiert (abgesehen von mancherorts bereits vor dem Mai 1946 durchgeführten Wahlen in die Ortsnationalausschüsse). Die sozial bereits weitgehend nivellierten Grenzgebiete wurden somit für Klement Gottwald und seine Genossen zu einer Art „New Frontier“-Zone, wo die Partei fast lückenlos über eine absolute Mehrheit, und – dank der die jeweils stärkste Partei bevorzugenden Struktur der Nationalausschüsse und anderen Gründen – beinahe über ein Machtmonopol verfügte, das landesweit erst ab Ende Februar 1948 durchgesetzt werden konnte. Inwieweit die Partei die gegebenen Möglichkeiten in den in der Literatur öfters als „Versuchslabor“ bezeichneten Grenzgebieten auch tatsächlich nutzte, muss noch genauer untersucht werden<sup>74</sup>.

#### FORSCHUNGSDESIDERATA

Eine Reihe von grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit der tschechischen Siedlungspolitik in den Grenzgebieten bedarf einer Klärung. So ist die sowohl von tschechischen wie deutschen Autoren ausnahmslos vertretene Aussage, „viele“ der frühen Siedler seien in Wahrheit „Goldgräber“ (d.h. Plünderer und illegale Geschäftemacher) gewesen, einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Eine möglichst genaue Quantifizierung ist akut vonnöten, soweit dies die bisher in dieser Hinsicht nicht erschöpfend ausgewerteten Quellen erlauben. Die Voraussetzung dazu wird eine kritische Revision des von Zeitgenossen und Historikern unscharf verwendeten „Goldgräber“-Begriffs sein. Noch gänzlich unerforscht ist die Genese der Kolonisierungspläne innerhalb tschechoslowakischer Exil- und Widerstandsgruppen während des Zweiten Weltkriegs, während die damit untrennbar zusammenhängende Frage nach dem „Weg zur Vertreibung“ bereits gut dokumentiert ist<sup>75</sup>. Neben der schon angesprochenen Notwendig-

<sup>73</sup> Sláma, Das Wahlverhalten der Neusiedler 380.

<sup>74</sup> Eine beispielhafte Regionalstudie zur Machtdurchsetzung vor Ort stammt von: Volker Zimmermann, „Die Wahlen müssen schon vorher entschieden werden!“ Das erste Nachkriegsjahr im Bezirk Ústí nad Labem und der Wahlsieg der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (1945/46), in: *Bohemia* 43 (2002) 1–32.

<sup>75</sup> Neue Befunde insbesondere zur Planung einer „wilden“ Vertreibung enthält die Studie von Adrian von Arburg, Tomáš Staněk, *Organizované divoké odsuny? Úloha ústředních státních orgánů při provádění „evakuace“ německého obyvatelstva (květen až září 1945)*, část 1 [Organisierte wilde Vertreibungen? Zur Rolle der zentralen Staatsorgane bei der Durchführung der „Evakuation“ der deutschen Bevölkerung (Mai bis September 1945), Teil 1], in: *Soudobé dějiny* XII (2005) 3–4 (im Druck), Teil 2 und 3 in den darauf folgenden Nummern. Vgl. auch Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945*.

keit, die Konfliktlinien zwischen den Parteien in der Grenzgebietspolitik zu untersuchen, dem Organisationsgrad der Parteien und ihrer Stellung, ihrer Politikausrichtung in den Grenzgebieten verstärkte Beachtung zu schenken, harrt insbesondere der Prozess des Übergangs des deutschen Vermögens in tschechische Hände einer breiten Darstellung. Mit dieser Frage in engem Zusammenhang steht die Taktik der Kommunistischen Partei. Förderte sie während der ersten Nachkriegsjahre am vehementesten von allen die möglichst schnelle, unkomplizierte und günstige Zuteilung von Konfiskationsgut an Privatpersonen, so eliminierte sie bereits ab 1949 nicht minder energisch diesen Privatbesitz wieder. War dies seitens Klement Gottwalds Genossen ein von Anfang an durchdachter kaltblütiger Betrug am Stimmvolk zwecks kurzfristiger Gewinnung möglichst vieler Sympathien zur Erlangung des Machtmonopols? Auch wenn eine klar bejahende Antwort angesichts der groben Fakten verlockend erscheint, darf sich die kritische Forschung in einer solch zentralen Fragestellung nicht mit bloßen Vermutungen und Pauschalierungen begnügen. Eine ausgewogene Wertung der Erfolge und Misserfolge der Siedlungsaktion wird schließlich immer auf der Hut sein müssen, vor lauter Einzelfällen, die in eine Flut von Quellen, die zeitgenössische Publizistik und den politischen Diskurs Eingang fanden, nicht den Sinn für die das Gesamtbild repräsentierenden Trends zu verlieren. Eine bewährte, aber bisher kaum genutzte Methode zur Unterscheidung des „Typischen“ vom „Spezifischen“ stellt der internationale komparative Blick dar<sup>76</sup>. Letztendlich wird jedoch jede noch so anerkennende und abwägende Beurteilung der tschechischen Neubesiedlung der Grenzgebiete nicht möglich sein, ohne die Frage nach Sinn und Folgen der Vertreibung und Aussiedlung von fast drei Millionen autochthoner Deutscher zu berücksichtigen.

---

Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 94, München 2001). Besonders hervorzuheben ist die beispielhafte Dokumentenedition: Jitka Vondrová (Hg.), *Češi a sudetonemecká otázka 1939–1945* [Die Tschechen und die sudetendeutsche Frage] (Praha 1994).

<sup>76</sup> Ausgehend von einer Ende 2004 abgehaltenen Tagung am Collegium Carolinum stellt der Autor derzeit zusammen mit Martin Schulze Wessel einen alle neuen Siedlungsgebiete des östlichen Europas berücksichtigenden Sammelband vor: *Zwangsmigration und neue Gesellschaft in Ostmitteleuropa nach 1945* (Arbeitstitel, erscheint München 2007).